

Warum das Volk nicht «gespürt» wurde

Korrektheit und Meinungen vor der Minarett-Abstimmung

Warum hat die politische Elite die Mehrheitsmeinung bezüglich der Minarettinitiative so falsch eingeschätzt? Der grosse moralische Druck im Vorfeld könnte dafür mitverantwortlich sein, dass viele ihre Meinung verschwiegen haben.

Silvano Moeckli

Wie alle Menschen schätzen Politiker die Meinung des «Volkes» anhand von zwei Quellen ein: der medialen und der persönlichen Kommunikation. Wie mit einem Radar nehmen wir ständig Meinungen und Einschätzungen wahr, und wie ein Sender strahlen wir ständig solche aus. Repräsentative Meinungsumfragen vermitteln uns ein Gesamtbild. In der Demokratie gibt es darüber hinaus zwei harte Rückkoppelungen: Wahlen und Sachabstimmungen. Insofern war die Abstimmung vom 29. November 2009 eine wichtige Rückkoppelung nicht nur für die politische Elite der Schweiz, sondern für ganz Europa.

Schweigespirale

Wieso hat man das Ergebnis nicht kommen sehen? Als Erklärungsansatz eignet sich hier die Theorie der Schweigespirale der Gründerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann. Der Ansatz lautet kurz zusammengefasst wie folgt: Menschen fürchten sich vor der Isolation. Bei moralisch aufgeladenen Themen orientieren sie sich am Meinungsklima. Sie stützen sich dabei auf Primärerfahrungen (Beobachtung der sozialen Umwelt) und auf Sekundärerfahrungen (Beobachtung der Darstellung der Situation in den Massenmedien). Menschen, die sich bei der Diskussion moralisch aufgeladener Themen in der Minderheit glauben, verschweigen in der Öffentlichkeit ihre Meinung. Durch ihr Schweigen verstärken sie den Eindruck, dass sie eine Minderheit darstellen. Das negative Meinungsklima übt einen massiven Druck auf die noch exponierbaren Anhänger der (tatsächlichen oder vermeintlichen) Minderheitsmeinung aus und bringt auch sie sukzessive zum Schweigen – die Schweigespirale dreht.

Massiver Druck

Wenn wir den Kommunikationsprozess bei der Kampagne zur Minarettinitiative analysieren, so lässt sich tatsächlich

ein massiver Druck vonseiten des Bundesrates, der Initiativgegner und der meinungsführenden Medien erkennen. Bereits bei der Einreichung der Unterschriften im Juli 2008 hatte der Bundesrat in einem ungewöhnlichen Schritt öffentlich erklärt, dass er die Initiative zur Ablehnung empfehlen werde. Es war in vielen politischen Kreisen unkorrekt, sich als Befürworter der Initiative zu outen.

Ein Ja ohne grosses Risiko

Viele Stimmberechtigte wagten es nicht einmal bei Meinungsumfragen, ihre wahre Stimmabsicht offenzulegen. Dass es in letzter Minute einen Meinungsumschwung gegeben hat, ist eher unwahrscheinlich, denn hier wurden politische Prädispositionen aktiviert, die man nicht innert weniger Wochen ändern kann. Welche Prädispositionen und welche Motive im Spiel waren, muss in der Nachbefragung sehr sorgfältig analysiert werden. Zum Vergleich kann man sich auf die Abstimmung über den EWR vom 9. Dezember 1992 zurückbesinnen, in deren Vorfeld ebenfalls eine Schweigespirale in Gang gekommen war.

Eine zusätzliche Frage drängt sich auf. Wieso stimmt ein Elektorat, das noch im Februar die Erweiterung und Fortführung der Personenfreizügigkeit mit der EU mit fast 60 Prozent gutgeheissen hat, schon 10 Monate bei etwa gleicher Stimmbeteiligung und Mehrheit für ein Minarettverbot? Die Antwort dürfte lauten: Im ersten Fall erwarteten Unternehmungen, Gewerkschaften und die Mehrheit der Stimmberechtigten im Fall eines Neins konkrete wirtschaftliche Nachteile, im zweiten Fall konnte man ohne grosses Risiko einem Unbehagen Ausdruck verleihen.

Es fehlt ein Gesicht

Das Risiko des Hochkommens einer Empörungswelle in der islamischen Welt ist in der Tat nicht so gross wie bei der Publikation der Mohammed-Karikaturen durch eine dänische Zeitung 2005. Es fehlt ein Gesicht, eine Institution oder ein konkreter Gegenstand, wogegen man sich empören könnte. Soll man sich gegen ein Volk wenden, welches als einziges auf der Welt das Privileg hat, über solche Fragen abzustimmen? Mit einem Minarettverbot wird zudem etwas untersagt, was noch nicht existiert. Am Status quo wird kaum gerüttelt. Etwas ganz anderes wäre etwa ein Burka-Verbot (womit man Frauen zur «Entschleierung» zwingen würde), oder – übertragen auf Minarette – der

Silvano Moeckli ist Titularprofessor und Privatdozent für Politikwissenschaft der Universität St. Gallen.